

Kolossaler Brandherd

Kapp-Putsch. Vor 100 Jahren putschte die protofaschistische Rechte gegen die Republik. Teil 1: Der Staatsstreich und die bürgerlichen Parteien

Leo Schwarz

Am 11. März 1920 brachte das Zentralorgan der KPD unter der Überschrift »Pogromübungen« eine Einschätzung der politischen Lage. Nach dem Massaker vor dem Reichstag im Januar (siehe jW-Thema in der Ausgabe vom 11./12. Januar 2020) war – mit Ausnahme Süddeutschlands und Sachsens – der Ausnahmezustand verhängt und nicht mehr aufgehoben worden; eine neue Welle scharfer Repression hatte sich gegen den linken Flügel der Arbeiterbewegung und seine Presse gerichtet. Nationalistische Ausschreitungen und Attentate häuften sich. Das, so die Rote Fahne, seien die »Schatten, die das Ludendorffregiment vorauswirft«. Das konterrevolutionäre Bündnis von 1918/19, das die SPD-Führung mit dem liberalen Bürgertum und der äußersten Rechten gegen die radikale Linke eingegangen war, werde, zum Nachteil der »Scheidemannschaft«, von rechts aufgekündigt. Eine Diktatur, deren Haupt der 1918 vor der Revolution nach Schweden geflohene, im Vorjahr aber wieder zurückgekehrte General Erich Ludendorff sein werde, bereite sich vor: »Die Flämmchen, die hier eine nach der andern aus dem Boden dringen, zeigen an, dass ein kolossaler Brandherd nationalistischer Pogromhetze nahe am Ausbruch ist. Mögen die deutschen Arbeiter auf der Hut sein, dass sie nicht überrascht werden.«

»Schädlinge vernichten«

Schon Anfang März hatte das Blatt in einem Leitartikel auf die »passive Verfaulung des Ebert-Regimes« und die sich »in aller Gemächlichkeit« anbahnende »Thronbesteigung« des »Ludendorfflagers« hingewiesen. Am 13. März war der Putsch da. Eine ultrareaktionäre Gruppe bürgerlicher Politiker und hoher Offiziere, an ihrer Spitze – mit Ludendorff im Hintergrund – der ehemalige Vorsitzende der protofaschistischen, Ende 1918 aufgelösten Deutschen Vaterlandspartei, Wolfgang Kapp, und der Befehlshaber des Reichswehr-Gruppenkommandos 1 in Berlin, Walther von Lüttwitz, unternahm den Versuch, die von dem Sozialdemokraten Gustav Bauer geführte Koalitionsregierung zu stürzen. Ihr Ziel, ausgesprochen schon im Herbst 1919 in einem internen Dokument zur Selbstverständigung, war die Außerkraftsetzung aller »seit dem 9. November 1918« erlassenen Gesetze, ein grundsätzliches Streikverbot, die Beseitigung des Achtstundentages und die Errichtung eines autoritären Regimes auf monarchisch-föderativer Grundlage. Mit den »radikalen Elementen« auf der Linken sollte dabei kurzer Prozess gemacht werden. »Diese Schädlinge müssen rücksichtslos vernichtet werden. Kampf bis aufs Messer gilt es diesen staatsfeindlichen Elementen gegenüber«, hatte Lüttwitz am 1. September 1919 geschrieben – und zwar in einer Denkschrift für den sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch löste einen in der deutschen Geschichte beispiellosen direkten Zusammenstoß von Revolution und Konterrevolution aus. Ein von den Gewerkschaften und allen Arbeiterparteien getragener politischer Generalstreik, der mit etwa zwölf Millionen Teilnehmern bis zum 15. März das ganze Land erfasste, dazu bewaffnete Aktionen von Arbeitermilizen, die vielerorts selbständig gegen putschende oder »neutrale« Verbände der Reichswehr und bürgerliche Einwohnerwehren vorgingen, führten in nicht einmal fünf Tagen zum völligen Zusammenbruch des Putsches. Unmittelbar danach wandte sich die so gerettete Reichsregierung gemeinsam mit den Putschtruppen gegen jene Massenbewegung, die in Teilen – vor allem im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland – revolutionären Charakter angenommen hatte. Eine Reihe von lokalen und regionalen »Bürgerkriegen« wurde geführt, um die revolutionäre Massenbewegung – die sich im März 1920 zum letzten Mal in dieser Form regte – niederzuwerfen. Der rechte Putsch löste also tatsächlich den von den Putschisten konzipierten Krieg gegen die politische Linke aus – nur wurde dieser nicht von Kapp, sondern, wie schon 1919, von einer sozialdemokratisch-liberalen Reichsregierung geführt.

Lange geplant

Die konkreten Vorbereitungen für den Putsch hatten etwa im September 1919 begonnen. Schon im Juli – in der Nationalversammlung in Weimar wurde noch über die neue Reichsverfassung debattiert – hatte eine Gruppe von Offizieren um Hauptmann Waldemar Pabst einen Staatsstreich in Szene setzen wollen, dessen unmittelbares Ziel es war, die Nationalversammlung auseinanderzujagen und die Streikbewegung zu unterdrücken. Der Plan war, einen für den 21. Juli angekündigten eintägigen Proteststreik der USPD in Berlin in inzwischen bewährter Manier

als »spartakistischen Putsch« hinzustellen, um die erneute – seit Januar 1919 dritte – militärische Besetzung der Reichshauptstadt zu rechtfertigen. Pabst hatte die Absicht, ein diktatorisches Direktorium einzusetzen, in das er auch rechte Sozialdemokraten wie Gustav Noske und den preußischen Innenminister Wolfgang Heine aufnehmen wollte. Auch Reichspräsident Friedrich Ebert sollte – unter der Voraussetzung, dass er bereit war, mitzuspielen – im Amt belassen werden. Das bereits angelaufene Unternehmen wurde allerdings in letzter Minute durch das Eingreifen von Lüttwitz, der die Aktion zu diesem Zeitpunkt für vollkommen aussichtslos hielt, abgebrochen.

Die Sache wurde vertuscht, Pabst erhielt den Abschied und konnte sich so – als Geschäftsführer der sogenannten Nationalen Vereinigung – um so intensiver der Vorbereitung auf den nächsten Versuch widmen. Im Herbst 1919 fanden unter anderem im Berliner Nationalklub und in Kapps Wohnung laufend Gespräche statt, die von der politischen Polizei durchaus bemerkt wurden. In einem Überwachungsbericht heißt es: »Seine [Kapps] Wohnung wird sehr oft von Generalstabsoffizieren betreten, und dann finden nach Aussage des Portiers heftige Debatten statt.« Kapp war mit zahlreichen Industriellen und Bankiers, die ihn auch großzügig mit Geldmitteln versorgten, persönlich bekannt. Mit dem einflussreichen Industriellen Hugo Stinnes korrespondierte er regelmäßig.

Um das Risiko einer Abwehraktion von links zu minimieren, dachten die Verschwörer anfänglich an einen »verschleierte Staatsstreich«. Der Hebel dafür sollte eine Kandidatur Paul von Hindenburgs bei der 1920 anstehenden »Volkswahl« des Reichspräsidenten sein (Ebert war im Februar 1919 von der Nationalversammlung zunächst nur zum »provisorischen« Staatsoberhaupt gewählt worden; die im August in Kraft getretene Verfassung sah die »Volkswahl« vor). Hindenburg erklärte sich im November 1919 dazu bereit, als rechter Sammelkandidat anzutreten. Seine Aufgabe im Erfolgsfall wäre gewesen, von der Staatsspitze aus eine formal legale Änderung der Verfassung hin zu einer autoritären Staatsform einzuleiten. Die dazu nötige Unterstützung sollte von einer rechten Mehrheit im Reichstag kommen, mit der die »nationalen« Kräfte rechneten. Die Forderung nach einer Auflösung der Nationalversammlung und raschen Reichstagswahlen wurde seit Ende 1919 unermüdlich in fast allen bürgerlichen Zeitungen erhoben.

Gewaltlösung

Die Ultras um Kapp versprachen sich – zumal, wie gesehen, seit dem Januar bereits der Ausnahmezustand in weiten Teilen des Landes galt – allerdings schnellere und klarere Ergebnisse von einer Gewaltlösung. Zu der neigten die antirepublikanischen Offiziere ohnehin. Die bewaffnete Macht, auf die sich die Putschisten potentiell stützen konnten, war erheblich – auch wenn sie damit rechnen mussten, dass ein nennenswerter Teil dieser Truppen sie in den ersten Tagen der Aktion zwar nicht bekämpfen, aber doch zunächst passiv abwarten würde, wie die Lage sich entwickelte. Zur Reichswehr und den paramilitärischen Freikorps (von denen viele inzwischen in die Reichswehr überführt worden waren) kam die preußische Sicherheitspolizei (Sipo), deren Offizierskorps in einem für Kapp bestimmten Bericht als – in seinem Sinne – »beinahe gänzlich einwandfrei« bezeichnet wurde. Im Hintergrund stand das gerne übersehene »bewaffnete Bürgertum« – die 1919 binnen weniger Monate aufgestellten und bewaffneten Einwohnerwehren, die zur Jahreswende 1919/20 knapp eine Million Mann aufbieten konnten. Die Wehren verfügten zumindest in größeren Städten auch über Maschinengewehre und gepanzerte Fahrzeuge. Sie wurden ergänzt durch vor allem von Studenten und Oberschülern gebildete Zeitfreiwilligenverbände, die im Bedarfsfall schnell zu mobilisieren waren. Verlass war auch auf die eng mit den Freikorps verzahnte Technische Nothilfe (der direkte Vorläufer des heutigen Technischen Hilfswerks), die seit Anfang 1919 systematisch als staatliche Streikbrecherorganisation aufgebaut worden war und im Falle von Streiks zumindest die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung sicherstellen sollte.

Als Stoßtruppe hatten Kapp und Lüttwitz die Marinebrigade Ehrhardt auserkoren, die seit Herbst 1919 auf dem Truppenübungsplatz Döberitz im Westen von Berlin lag. In ihr hatten sich ehemalige Angehörige der Kaiserlichen Marine – meistens Offiziere und Unteroffiziere – zusammengefunden, deren bürgerlicher Klassenhass auf das in der Revolution angeblich »zur Herrschaft« gelangte Proletariat zusätzlich durch den 1918 erlittenen einschneidenden Statusverlust brutalisiert wurde. Kennzeichnend für diesen Verband war ein eliminatorischer, antisemitisch akzentuierter Furor gegen alle »Roten«, der sich auch gegen jene bürgerlichen Politiker richtete, denen ihrer innen- oder außenpolitischen Kompromissbereitschaft wegen »Schlappheit« und »Verrat« vorgeworfen wurde. Viele Angehörige der Marinebrigade hatten das Hakenkreuz als politisches Symbol angenommen.

Der Putsch

Am 5. März hatte das Kabinett Bauer sich darauf verständigt, die von den rechten Parteien beantragte Auflösung der Nationalversammlung spätestens zum 1. Mai zunächst nicht vorzunehmen und auch von einer zeitnahen »Volkswahl« des Reichspräsidenten abzusehen. Das gab, wie die Rote Fahne noch am 12. März kommentierte, den Rechtsparteien unverhofft den Trumpf in die Hand, »den demokratischen Gedanken« zu vertreten. Andererseits

war damit die Option des »legalen Staatsstreichs« auf unbestimmte Zeit vertagt; die Verschwörer mussten eine mittelfristige Stabilisierung der Republik zumindest einkalkulieren. Gleichzeitig wurde nun der von den Siegermächten des Weltkrieges durchgesetzte drastische Truppenabbau akut: Bis Anfang April sollte die immer noch etwa 500.000 Mann starke Reichswehr auf zunächst 200.000 Mann reduziert werden. Die geforderte Auflösung der Einwohnerwehren und der Zeitfreiwilligenverbände konnte ebenfalls nicht endlos verschleppt werden. Ende Februar ordnete Noske die Auflösung der Brigade Ehrhardt an. Lüttwitz verweigerte das rundheraus und konfrontierte die Regierung am 10. März mit der Forderung, die Truppenreduzierung zu stoppen, das Kabinett umzubilden sowie unverzüglich die Neuwahl des Reichstages und des Reichspräsidenten zu veranlassen.

Auf diese offene Rebellion reagierte Noske erst am Folgetag mit der »Beurlaubung« von Lüttwitz. Gegen einige der Hauptverschwörer, darunter Pabst und Max Bauer, wurden hastig Haftbefehle erlassen, von denen die Betroffenen dank ihrer ausgezeichneten Verbindungen ins Berliner Polizeipräsidium überwiegend rechtzeitig genug Kenntnis erhielten. Pabst durfte nach Hinterlegung einer Kautions wieder gehen. Gegen die offensichtlich als Hauptstreitmacht der Konterrevolution fungierende Brigade Ehrhardt in Döberitz unternahm Noske gar nichts.

In der Nacht vom 12. zum 13. März marschierte Ehrhardt über die Heerstraße in Berlin ein und stand mit seiner Truppe gegen sechs Uhr auf der Höhe des Tiergartens. Die Wilhelmstraße, wo die meisten Ministerien und die Reichskanzlei lagen, war in unmittelbarer Reichweite. Bis kurz nach fünf Uhr hatte hier das Kabinett in einer eilig zusammengetretenen Sitzung über die Lage beraten. Der Chef des Truppenamtes, General Hans von Seeckt, lehnte mit der Begründung, »eine Schlacht vor dem Brandenburger Tor« nicht dulden zu wollen, jeden militärischen Widerstand gegen die Putschisten ab. Daraufhin entschloss sich das Kabinett zur Flucht. Der Weg zu einem Bahnhof schien bereits zu riskant zu sein; so verfiel man auf die Idee, mit den eigentlich nur für den städtischen Verkehr geeigneten offenen Kraftfahrzeugen der Reichskanzlei nach Dresden zu fahren. Nur Ulrich Rauscher, der Pressereferent der Regierung, dachte daran, einen – unabgesprochenen – Aufruf zum Widerstand und zum Generalstreik zu verfassen und dessen Verbreitung zu veranlassen. Vizekanzler Eugen Schiffer blieb mit dem Auftrag, Kontakt zu den Putschisten aufzunehmen, in Berlin. Kurz vor sieben Uhr zogen Ehrhardt, Kapp und die anderen Verschwörer in die Wilhelmstraße ein.

Reaktionen der bürgerlichen Parteien

Die deutsche Bourgeoisie wurde im Frühjahr 1920 in der Hauptsache von vier Parteien vertreten: die konservativ-reaktionäre Deutschnationale Volkspartei (DNVP), in der eine starke protofaschistische Strömung existierte (Kapp war Mitglied des Hauptvorstandes dieser Partei), die nationalliberale, mehrheitlich antirepublikanische Deutsche Volkspartei (DVP), die sozialliberale, zu diesem Zeitpunkt schon am Anfang ihres Niedergangs stehende Deutsche Demokratische Partei (DDP), hinter der sich jene Teile des Bürgertums sammelten, die langfristig auf eine Einbindung der reformistischen Arbeiterbewegung und eine enge Kooperation mit der rechten SPD-Führung setzten, und das Zentrum (mit seinem bayerischen Ableger, der Bayerischen Volkspartei, BVP), das als konfessionelle Partei einen bedeutenden Teil des konservativen katholischen Bürgertums vertrat, gegenüber der preußisch-protestantischen Reaktion, für die Kapp und die Generäle standen, allerdings erhebliche Vorbehalte hegte und eine reaktionäre Desperadopolitik eindeutig ablehnte. Die DDP und das Zentrum waren die bürgerlichen Parteien, die sich bereits am 13. März zu einer klaren Verurteilung des Putsches durchringen konnten.

Anders sah es bei den beiden Parteien aus, hinter denen im Frühjahr 1920 ohne Zweifel die Mehrheit des deutschen Bürgertums stand – bei DNVP und DVP. Die DNVP war die bürgerliche Partei, die ganz offen die »Parlamentsherrschaft« bekämpfte. Ihre Führung hatte 1919 allerdings taktisch durchaus flexibel agiert. Sie hatte – trotz einer wütenden Kampagne gegen das »Diktat« – die Annahme des Versailler Vertrages durch eine Mehrheit der Nationalversammlung ermöglicht und die Weimarer Reichsverfassung zwar grundsätzlich abgelehnt, aber als Wiederkehr von »Gesetz und Ordnung« vorläufig hingenommen, die hemmungslose Agitation gegen die »Novemberrepublik« indes fortgesetzt.

Der überwiegende Teil des Führungspersonals der DNVP war zumindest indirekt über den Fortgang der Putschvorbereitungen im Bilde. Vertreter des ultrarechten Flügels wie Karl Helfferich und Kuno von Westarp, der sich mehrfach mit Kapp beriet, beobachteten sie wohlwollend. Eine andere Gruppe um den Parteichef Oskar Hergt und den Fraktionschef in der Nationalversammlung, Arthur von Posadowsky-Wehner, war skeptisch: Sie schätzte die Kräfteverhältnisse vergleichsweise nüchtern ein und warnte vor Abenteuern, die zu einem Generalstreik mit unkontrollierbaren Folgen führen müssten. Sie war sich zudem darüber klar, dass ein unter monarchistischer Flagge durchgeführter Putsch zwar bei den ostelbischen Gutsbesitzern, nicht aber bei der

kleinbürgerlichen und agrarischen Massenbasis der DNVP auf vorbehaltlose Zustimmung rechnen durfte.

Der Putschregierung vom 13. März gehörten neben Kapp noch weitere Mitglieder der DNVP an (Traugott von Jagow als Innen-, Gottfried Traub als Kultusminister). Westarp agierte als Mittelsmann zwischen der Reichskanzlei und der Parteiführung. Diese legte die deutschnationale Presse darauf fest, die »Legitimität« der Kapp-Regierung zu betonen, vermied aber wegen der erwähnten Bedenken eine eindeutige und offene Stellungnahme zugunsten des Putsches. Solche allerdings erfolgten von wichtigen Regionalorganisationen der DNVP, etwa denen in Schlesien und Ostpreußen.

In mancher Hinsicht noch eindeutiger positionierte sich die DVP. Wenige Stunden nach dem Einzug Kapps in die Reichskanzlei sprach am Nachmittag des 13. März eine dreiköpfige Delegation der Partei bei ihm vor, die sich mit der Bemerkung einführte, die Partei »begrüße« den Sturz der Regierung Bauer. Die DVPler erkundigten sich nach der Zusammensetzung der neuen Regierung, der geplanten Finanz- und Steuerpolitik und nach eventuellen Neuwahlen. Kapp erklärte, »Fachminister« statt »Parteiminister« ernennen zu wollen, aber »großen Wert auf ein gutes Einvernehmen mit den rechtsstehenden Parteien« zu legen. An der direkt anschließenden Beratung der Führungsspitze der DVP nahm auch der Parteivorsitzende Gustav Stresemann teil. Diese Aussprache ging bezeichnenderweise von der Befürchtung aus, dass »die Ereignisse die beiden Flügel der Sozialdemokratie« wieder »zusammenschweißen« würden. Aus diesem einen Grund sei eine »Regierung der allerschärfsten Tonart«, für die Kapp offenbar stehe, »geradezu verbrecherisch«. Gleichzeitig überwog hier eindeutig das Bestreben, zu einem Arrangement mit der Regierung Kapp zu gelangen. Man nahm (mit Recht) an, dass das auch die Mehrheitsmeinung des nationalliberalen Bürgertums sei: »Wenn wir jetzt eine Erklärung gegen Kapp herausgeben, dann verstehen das unsere Leute nicht.« Der Putsch sei »nun einmal da«. Nun müsse die Partei »diese Regierung stützen und sie auf einen Weg bringen, den wir für richtig halten«. Vorläufig müsse das Ziel sein, die Kapp-Regierung gemeinsam mit den Deutschnationalen auf eine »breite Basis« zu stellen und »das Zentrum herüberzubringen«.

Stresemann plädierte für eine abwartende Haltung, die der Partei Optionen nach allen Seiten offenließ: Man müsse eine Linie suchen, »die auf der einen Seite der neuen Regierung keine Schwierigkeiten macht, die uns aber den Weg lässt, eventuell Mittler zu sein zwischen Dresden und Berlin«. Grundsätzlich, so der von einer verlogenen Geschichtsschreibung bis heute als »größter Staatsmann der Republik« gepriesene nachmalige Reichskanzler und Außenminister, solle die Partei die »neuen Tatsachen« anerkennen, aber darauf drängen, dass das Ergebnis des Putsches so schnell wie möglich »auf eine gesetzmäßige Grundlage« gestellt werde. Diese Haltung kam auch in dem sodann beschlossenen Aufruf der DVP zum Ausdruck. Er begann mit Vorwürfen an die Adresse der Regierung Bauer, die es nicht verstanden habe, »das Vertrauen der Mehrheit des Volkes sich zu erwerben«. Sie trage die Verantwortung für die eingetretene Entwicklung. Nun habe sich »eine neue Regierung gebildet«, von der zu fordern sei, dass sie »Bürgschaft gibt für die Sicherung der Ordnung, des Eigentums und der Freiheit der Arbeit«. Jeglicher weiterer »innerer Kampf« – damit war der Kampf gegen die »neue Regierung« gemeint – sei zu vermeiden.

Die panische Angst vor dem »inneren Kampf« bestimmte allerdings auch das Handeln solcher bürgerlicher Politiker, die sich öffentlich gegen den Putsch gestellt hatten. Die Proklamierung des Generalstreiks »unsererseits« bezeichnete Innenminister Erich Koch (DDP) am 14. März in einem auf der Flucht in Dresden geschriebenen Privatbrief als »Dummheit«. Er äußerte die Befürchtung, dass die Aussichten für den »Erfolg eines Gegenstoßes von links« deutlich bessere seien als jene »dieses Putsches«. Sehr aufschlussreich ist auch, dass er bedauerte, auf Versuche General Georg Maerckers, zwischen der Regierung und den Putschisten zu vermitteln, nicht eingehen zu können – dann laufe man nämlich Gefahr, »selbst mit fortgerissen zu werden«. Ein paar Stunden Fahrt im offenen Auto später, in Freiberg – »Chemnitz soll kommunistisch sein, deshalb Vorsicht!« –, notierte er: »Es gibt eine ernste Gefahr: Die Vereinigung aller Arbeiter und die Räterepublik. Das heißt es, geschickt zu verhindern.«

Leo Schwarz schrieb an dieser Stelle zuletzt in der Ausgabe vom 11./12. Januar über das an Arbeitern verübte Massaker vor dem Reichstag im Januar 1920.

Teil 2 erscheint am 18. März.

<https://www.jungewelt.de/artikel/374425.gegenrevolution-kolossaler-brandherd.html>